

## NEWSLETTER



Liebe Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Genossinnen und Genossen,

Ich hoffe, dass Sie eine schöne Weihnachtszeit hatten und gut in das neue Jahr gestartet sind. Auch der Landtag NRW hat wieder den Betrieb aufgenommen und in dieser Woche hat das Plenum getagt. Ich möchte Sie daher wie gewohnt über die aktuellen Themen informieren.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Ihre/Eure  
Inge Blask

#### Landtag gedenkt den Opfern des Holocausts

Am heutigen, 27.01.2017, dem bundesweiten Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, hat der Landtag NRW den Opfern des Holocausts gedacht.

Landtagspräsidentin Carina Gödecke hat am vor Beginn der Plenarsitzung dazu aufgerufen die Erinnerung an die Gräueltaten wach zu halten. Die Landtagspräsidentin sagte in ihrer Rede: „War die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts die Zeit der Aufarbeitung, der Scham und der Anerkennung einer Schuld, aus der Verantwortung gewachsen ist, so wird unser 21. Jahrhundert die Zeit des Bewahrens und Erinnerns werden. Demokratie und Freiheit brauchen Erinnerung. Und sie brauchen darüber hinaus Engagement, Zivilcourage, Haltung und Mut. Gerade in der heutigen Zeit brauchen wir das lautstarke, mutige, unüberhörbare ‚Nie wieder!‘, damit Fremdenhass und Intoleranz keinen Platz bekommen. Das gilt heute und an allen anderen 364 Tagen des Jahres. Und unser ‚Nie wieder‘ ist heute wie morgen vielstimmig und unüberhörbar.“

#### Besuch in der Gedenkstätte Stalag VIa in Hemer



In der vergangenen Woche habe ich, auch mit Blick auf den bundesweiten Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, die Gedenkstätte des Kriegsgefangenenlagers Stalag VIa in Hemer besucht und besichtigt unter Führung des Vorsitzenden des Vereins für Hemeraner Zeitgeschichte Hans-Hermann Stopsack die Gedenkstätte. Im anschließenden Gespräch konnte mir Herr Stopsack mitteilen, dass der Verein für Hemer Zeitgeschichte eine Zusage für eine Landesförderung für eine Neuauflage des 1995 erschienenen Buches zum Stalag VIa erhalten hat.

#### Kampf gegen ungerechte Steuerpraktiken geht weiter

Mit einem umfangreichen Antrag zur Bekämpfung von Steuerkriminalität und einer gerechten Steuerpolitik sind die Koalitionsfraktionen in die Plenarwoche gegangen. Zunächst wurde die Vorgehensweise im Kampf gegen Steuerhinterziehung und -umgehung, den die Landesregierung seit 2010 führt, dargestellt und gewürdigt. Für die NRW-SPD gilt, dass das Vorgehen gegen solche Praktiken zu den permanenten Aufgaben einer seriösen Finanzpolitik gehört und nicht nur dann beschworen werden darf, wenn Skandale wie die Panama-Papers ans Licht kommen. Durch Steuerpraktiken vieler großer Konzerne entgehen den staatlichen Haushalten Milliarden, die für die Aufgaben im Bereich Kinder, Jugend und Schule fehlen. Zudem gilt es, kleinere und mittlere Einkommen zielgenau zu entlasten. Dazu sind die Vorschläge von CDU und FDP nicht geeignet. Vielmehr müssen Mega-Einkommen und Vermögen mehr zur Finanzierung herangezogen werden, um Bezieher geringerer Einkommen zu entlasten.

#### 5G-Testfeld für Nordrhein-Westfalen

SPD und Grüne haben die digitale Zukunft von Nordrhein-Westfalen fest im Blick. Das Land NRW wird ein 5G-Testfeld auf den Weg bringen und damit den zukunftsweisenden digitalen Ausbau vorantreiben. Im vergangenen Jahr wurde mit der Gigabit-Strategie bereits die Basis für eine erfolgreiche Gestaltung des digitalen Wandels in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Doch die technologische Entwicklung schreitet im digitalen Wandel voran und es ist absehbar, dass die heutigen Anforderungen an schnelle Internetübertragungsraten schon in wenigen Jahren überholt sein werden – 5G wird dann die Lösung sein. Durch 5G werden neue Geschäftsmodelle ermöglicht und Industrie-4.0-Anwendungen in allen Bereichen beschleunigt. Mit dem Testfeld wird Nordrhein-Westfalen zum Schaufenster für innovative Lösungen in allen Bereichen der Digitalisierung.

#### NRW ist ein herausragendes Forschungsland

Forschung und Innovationen sind ein starker Motor für Nordrhein-Westfalen. Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze, die Attraktivität des Standorts für die Wirtschaft erhöht sich und gesellschaftliche Herausforderungen werden angegangen und gelöst. Wissenschaft ist ein Wert an sich für den Fortschritt unserer Gesellschaft.

Geld für Bildung und Forschung ist zudem eine der sinnvollsten Investitionen, die es gibt. Jeder in diesem Bereich investierte Euro zahlt sich in den Jahren danach mindestens vierfach aus. Weil wir das wissen und die Investition in Bildung und Forschung Priorität hat, haben wir den Etat für Wissenschaft und Forschung seit 2010 um rund 45 Prozent erhöht. Das sind mehr als 8,4 Milliarden Euro, die 2017 in NRW für die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unikliniken zur Verfügung stehen. Mehr als 40 Milliarden Euro wurden seit 2010 in die 70 Hochschulen in Nordrhein-Westfalen investiert. Damit hat NRW die dichteste Hochschul- und Forschungslandschaft in Europa. Diese herausragende Forschungslandschaft sorgt für Lösungen und Verbesserungen aller relevanten Lebensbereiche. Davon profitieren die Menschen in NRW, Deutschland insgesamt und weltweit.

#### Kein Freifahrtschein für Lang-Lkw

Verkehrspolitische Verantwortung wahrnehmen und Chancengleichheit für die NRW-Wirtschaft beim Lang-Lkw gewährleisten: Unter diesem Titel hat die SPD-Fraktion im Landtag NRW einen Entschließungsantrag ins Januar-Plenum eingebracht, der sich mit dem Thema „Einführung der Lang-LKW auf den Straßen Nordrhein-Westfalens“ befasst. Der Einsatz von Lang-Lkw (25,25 m) in Deutschland wurde, beauftragt vom Bundesverkehrsministerium, in einem fünfjährigen Feldversuch in verschiedenen Bundesländern getestet. Nordrhein-Westfalen hatte sich aufgrund verschiedener ernst zu nehmender Bedenken nicht an dem Feldversuch beteiligt. Die Bundesanstalt für Straßenwesen hat im Herbst 2016 einen Abschlussbericht zu den Ergebnissen des Feldversuchs veröffentlicht. Darin wird den Lang-Lkw Praxistauglichkeit bescheinigt. Dem stehen aber verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen entgegen. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat die Lang-Lkw ab 1. Januar 2017 bundesweit und „dauerhaft auf den dafür geeigneten Strecken“ zugelassen, allerdings bedarf es schon einer gewissenhaften Abwägung, was genau darunter zu verstehen ist. Für die SPD-Fraktion ist wichtig, dass der unbefristete Regelbetrieb von Lang-Lkw mit Rücksicht auf alle Verkehrsteilnehmer und deren Verkehrssicherheit erfolgen muss und sich andererseits keine Benachteiligung der NRW-Logistikwirtschaft ergeben darf. Aus grundsätzlichen verkehrspolitischen Erwägungen, mit Blick auf die bereits heute überlasteten Bundesfernstraßen, bleibt die Initiative des Bundesverkehrsministers fraglich. Denn der Verkehrsträger Schiene wird so, was den Güterverkehr angeht, eher geschwächt als gestärkt. In Kenntnis aller Umstände darf es einen Freifahrtschein für Lang-Lkw in NRW nicht geben.

#### Änderungen für das Tarifreue- und Vergabegesetz

Im Jahr 2012 hat die SPD mit dem in Kraft getretenen Tarifreue- und Vergabegesetz erstmalig klare Vorgaben für Vergaben von öffentlichen Aufträgen an Unternehmen in Nordrhein-Westfalen definiert. Der Nachweis von eingehaltenen ökologischen, sozialen und ethischen Standards anhand von Belegen ist seitdem Bieterpflicht. Unternehmen werden dazu aufgefordert, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen. Ein gutes Gesetz, das durch die aktuellen Änderungen beim Mindestlohn und Bestbieterprinzip noch weiter verbessert wurde. Mit der Harmonisierung des Mindestlohns auf 8,84 Euro sichert die SPD-Fraktion den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine faire Bezahlung von guter Arbeit und schützt vor Lohndumping. Zudem wird beim Bestbieterprinzip die Einreichfrist für Nachweise von drei auf maximal fünf Werktagen verlängert. Dies ist ein positives Signal für die Wirtschaft in NRW, weil deren Unternehmen nun mehr Zeit haben, sich zu bewerben.



Foto: Pixabay



Foto: Pixabay



Foto: Pixabay



Foto: Michael Foote / pixello.de

#### Termine im Februar

07.02.2017, 18:00 Uhr, FES-Veranstaltung „Miteinander arbeiten in NRW“, Gasthof zur Post, Plattenberg

10.02.2017, 16:00 Uhr, Ehrenamtsempfang der SPD-Neuenrade, Restaurant Kaiserergarten, Neuenrade

#### Kurz notiert

##### Lob für friedlichen Jahreswechsel

SPD und Grüne im Landtag NRW haben sich bei allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, Ordnungs- und Rettungskräften bedankt, die sich dafür eingesetzt haben, dass die Menschen friedlich den Übergang ins Jahr 2017 feiern konnten. Nach den schrecklichen Ereignissen 2015/2016 haben sich in diesem Jahr die Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit ausgezahlt, erneute Gewaltausbrüche blieben aus.

##### Abschlussbericht der Enquete-Kommission zur „Zukunft der Familienpolitik in NRW“

Nach zwei Jahren intensiver Beratungen wurde nun der Abschlussbericht der Enquete-Kommission zur Zukunft der Familienpolitik vorgestellt und im Landtag diskutiert. In knapp 170 Handlungsempfehlungen an Bund, Land, Kommunen, Arbeitgeber und zahlreiche weitere Akteure werden Vorschläge zur Verbesserung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Familien in NRW formuliert. Die Empfehlungen orientieren sich am familienpolitischen Dreiklang aus Zeit, Geld und Infrastruktur. Sie unterbreiten Vorschläge zur zeitlichen Entlastung von Familien, für die partnerschaftliche Aufteilung von Fürsorge- und Erwerbsarbeit, zur Optimierung familienunterstützender Systeme sowie für qualitativ hochwertige beitragsfreie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Zudem werden sie zur Verbesserung der finanziellen Situation der Familien. Bereits der Familienbericht der Landesregierung unterstrich, dass Zeitmangel für viele Familien das größte Problem darstellt. Ein Ziel dieser Kommission war es, der Landespolitik entsprechende Handlungsempfehlungen für eine zukünftige Familienzeitpolitik zu unterbreiten.

##### Landtag unterstützt die Bewerbung für die EuroGames 2020

Die EuroGames sind ein seit 1992 von der „European Gay & Lesbian Sports Federation“ veranstaltetes sportliches Großereignis, das offen ist für alle Sportlerinnen und Sportler – und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, Alter, Herkunft sowie sexueller und/oder geschlechtlicher Identität. An den fast jährlich stattfindenden Wettkämpfen nehmen in mehr als 20 Sportarten bis zu 5000 Sportlerinnen und Sportler aus Europa teil. Die Wettbewerbe werden außerdem von einem bunten kulturellen Rahmenprogramm begleitet. Der Landtag NRW unterstützt ausdrücklich die Bewerbung Düsseldorf um die Austragung der EuroGames 2020 mit einem interfraktionellen Antrag. Mit seiner Vielfalt an schwullesbischen Sportvereinen hat NRW eine lange Tradition. Die EuroGames in Düsseldorf würden ein weiteres wichtiges Signal für eine diskriminierungsfreie Sportkultur in NRW senden.